

Mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen!

Heraus zum 1. Mai!

MEHR LOHN

Wir haben ein bewegtes Jahr hinter uns. In den letzten zwei Jahren wurden im Schatten des „konzertierten Aktionsplans“ nach intensiven Warnstreiks und unbefristeten Streiks Tarifverträge in verschiedenen Arbeitsbereichen unterzeichnet.

Die Arbeiter und Angestellten in Deutschland haben 2023 ein weiteres Jahr mit Reallohnverlusten abgeschlossen. Laut einem Bericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sinken die Reallöhne seit 2020 kontinuierlich und liegen nun auf dem Niveau von 2016.

Erhebungen der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) zeigen, dass der Kaufkraftverlust von Menschen, deren Lebensverhältnisse von Tariflöhnen, Sozialhilfe oder gesetzlichen Renten abhängen, höher ist als die offiziellen Inflationsraten. Es wurde auch festgestellt, dass sich die „soziale Schere“ durch die Inflationsprozesse der letzten Jahre vertieft hat und die Ergebnisse der Tarifverträge weit hinter der Inflation zurückbleiben. Laut dem Paritätischen Gesamtverband leben 16,8% der Bevölkerung in Armut – das sind 14,2 Millionen Menschen!

Die staatliche Inflationsausgleichsprämie oder Sonderzahlungen, die bis zu 3.000 Euro Umfang hatten, konnten die Auswirkungen der Inflation nur stückweit mildern aber nicht auffangen. Zumal von dieser Möglichkeit nicht überall Gebrauch gemacht worden ist! Zusammen mit den laufenden Tarifverhandlungen aus dem Jahr 2023 werden Tarifverträge für fast 17 Millionen Beschäftigte verhandelt.

Schluss mit Zurückhaltung. Wir wollen mehr!

Seit Monaten wird von Seiten der Arbeitgeber wie auch der Regierung die „Deindustrialisierung“, „Absturz Deutschlands“ heraufbeschworen. Deutschland ist das dritt reichste Land der Welt. Dieses Mantra von „wir gehen unter“ ist nichts anderes als Demagogie und

Täuschung. Wieder werden wir Arbeiter und Arbeiterinnen zum Wohle der Industriestandort Deutschland zur Mäßigung in unseren Forderungen aufgefordert. Dabei wird ausgeblendet, dass vor allem die DAX-Konzerne in dieser Zeit extra Profite eingefahren haben.

Ja, die Wirtschaft schwächelt, es gibt kaum Wachstum. Und an diesem Stillstand sind nicht wir Beschäftigte schuld, weil wir angeblich zu viel fordern, sondern die raffgierigen Konzerne und Kapitalbesitzer, die nicht in die Produktion und in die Infrastruktur investieren. Wenn es um Investieren geht soll alles der Staat zahlen fordern die Kapitalbesitzer und ihre Fürsprecher, was nichts anderes heißt, als das wir „Normalbürger“ durch unsere Abgaben und durch weiteren Verzicht/Kürzungen im sozialen Bereich dafür aufkommen sollen.

Hände weg von Streikrecht!

Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich steht ebenfalls auf der Tagesordnung. Die Konzerne und Kapitalbesitzer sträuben sich vehement gegen diese Forderung, die längst fällig ist.

Auch die immer wieder aufflammenden Diskussionen über Begrenzung des Streikrechts sollte uns „wachrütteln“. Wir sollten uns nicht gegeneinander aufspielen lassen. Es ist unerhört, die Streiks der Kollegen in der GDL als Grund zu nehmen, um ein Generalangriff auf unser hart erkämpftes Streikrecht zu fahren.

Das sollten wir und werden wir nicht zulassen.

Das Streikrecht ist in Deutschland nicht gesetzlich geregelt – Zurzeit ist das Streikrecht in Deutschland reines Richterrecht - anders als in anderen europäischen Ländern, wo es ein richtiges geschriebenes Streikrecht gibt. Aus diesem Grund kämpfen und fordern wir ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht – der auch ein politisches Streikrecht beinhaltet!

- Mehr Lohn und sichere Arbeitsplätze
- 35 Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich
- Hände weg vom Streikrecht



Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF)

Berliner Str. 77, 51063 Köln Tel: 0221 – 9255493 didf@didf.de, www.didf.de
(V.i.S.d.P. Hüseyin Avgan)